

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 14. Oktober 1911	S. 1121.
II. Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 1911:	
1. Antrag auf bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.....	" 1122.
2. Überschreitung der für die Neupflasterung am Kaiser Wilhelmplatz und am Markt von Senat und Bürgerschaft bewilligten Kosten und Preisverhältnisse dieser Pflasterstreden	" 1122.
3. Bepflanzung der Hartwigstraße von Bennekestraße bis Otto Gildemeisterstraße und der Bismarckstraße von Nr. 141 bis St. Jürgenstraße	" 1127.
4. Änderung der Freibauordnung.....	" 1127.
5. Vorläufiger Zuschlag zu den Beamtengehalten.....	" 1129.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 14. Oktober 1911.

**1. Enteignung von Teilen der Grundstücke Bornstraße Nr. 10—13
(Kataster-Parzellen 566, 567, 568).**

Die Bürgerschaft genehmigt die Enteignung der im Plane vom 26. April 1911 gezeichnet „Bahnhof“ rot angelegten Teile der Grundstücke Bornstraße Nr. 10, 11, 12 und 13 (Kataster-Parzellen 566, 567, 568) und bewilligt die erforderlichen Mittel auf das Budget des Ordentlichen Haushalts, Fonds Stadterweiterung, nach.

2. Einteilung der Wahlbezirke.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats (Verhdlg. S. 1038 ff.) dankend entgegen.

3. Ergänzung der Behörde für Krankenversicherung.

Die Bürgerschaft wählt an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. med. Horn zum Mitgliede der Behörde Herrn Dr. med. Piejan.

4. Ergänzung von Kommissionen.

Die Bürgerschaft wählt

- a. in die Kommission wegen Neubau eines Gerichts- und Amtsgefängnisses in Bremerhaven an Stelle des Herrn Baurat Rudloff Herrn Stadtdirektor Koch;
- b. in die Kommission wegen Deckung des Fehlbetrages beim Wasserwerk an Stelle des Herrn Rabe Herrn C. Nicolaus.

5. Antrag auf bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Die Bürgerschaft beschließt die Einsetzung einer Deputation mit sieben Mitgliedern aus der Bürgerschaft zur Prüfung und Berichterstattung darüber, ob und inwieweit eine außergewöhnlich schwere Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel eingetreten oder zu befürchten ist, und ob dagegen Maßregeln zu ergreifen sind. Sie ersucht den Senat, ihrem Beschlusse beizutreten.

6. Antrag wegen Störungen der öffentlichen Ordnung.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, angesichts der anlässlich des Streiks der Brauereiarbeiter vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und auf offener Straße unternommenen Angriffe gegen privates Eigentum alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um derartigen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen und die Sicherheit der Straße zu gewährleisten.